

Überprüfung der Zusagen der Konferenz zur Unterstützung Syriens und der Region (Geberkonferenz) am 04.02.2016 in London (Stand: September 2016)

Bei der Konferenz zur Unterstützung Syriens und der Region am 4. Februar 2016 in London einigten sich die Teilnehmer auf einen „umfassenden neuen Ansatz“ für diese nun seit mehr als fünf Jahren anhaltende Krise. Die in London gemachten Zusagen könnten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation nicht nur der Flüchtlinge, sondern auch der Gastgemeinden in Jordanien, dem Libanon und der Türkei leisten. Diese drei Länder haben etwa 75 Prozent der syrischen Flüchtlinge aufgenommen. Allerdings konnte die Konferenz hinsichtlich des Schutzes der Zivilisten innerhalb Syriens wie auch der Flüchtlinge in den umliegenden Ländern bisher keine Fortschritte auf den Weg bringen.

Die Teilnehmer verpflichteten sich, Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, bei der Bereitstellung von Bildungsangeboten und Zugang zum Arbeitsmarkt zu unterstützen. Ziel ist, den Druck auf die Aufnahmeländer zu reduzieren und sicherzustellen, dass Flüchtlinge sowie Gastgemeinden profitieren. Dies beinhaltete die Zusage, allen Kindern und Jugendlichen bis zum Ende des Schuljahres 2016/17 Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die internationale Gemeinschaft verpflichtete sich, Jordanien, den Libanon und die Türkei finanziell und technisch zu unterstützen, um die Wirtschaft anzukurbeln und auch politische Reformen zur besseren Bewältigung der Krise zu ermöglichen. Konkret bedeutet dies eine Komplettfinanzierung der Nothilfe, Entwicklungshilfen und Kredite aufzustocken und den Zugang zu externen Märkten zu ermöglichen.

Dieser ambitionierte „neue Ansatz“ ist teilweise auf einem guten Weg. Für das Jahr 2016 versprachen die internationalen Geldgeber sechs Milliarden US-Dollar, für den Zeitraum 2017-2020 weitere 6,1 Milliarden – die größte, jemals während einem einzelnen Konferenztag zugesagte Summe. Seither sind versprochene Gelder an Länder wie Jordanien geflossen; die EU verkündete eine Erleichterung für Importe aus Jordanien. Im Gegenzug erteilte Jordanien bis Ende August 26.000 Syrern eine Arbeitserlaubnis. Außerdem arbeiten die Nachbarländer Syriens daran, mehr Kindern den Zugang zur Schulbildung zu ermöglichen.

Dennoch muss noch viel mehr getan werden. Der Hilfsappell der UN für die Syrienhilfe ist weiterhin zu weniger als der Hälfte finanziert. Viele der positiven politischen Entwicklungen brauchen Zeit, einen anhaltenden politischen Willen sowie ausreichende Finanzierung und die technischen Möglichkeiten zu deren Verwirklichung. Um sowohl Gastländer als auch Flüchtlinge zu unterstützen, sind weitere politische Schritte erforderlich. Regulative Maßnahmen müssen mit umfassenden Investitionen und Arbeitsprogrammen kombiniert und von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden.

Die Londoner Konferenz versäumte vor allem, Fragen rund um den Rechtsstatus von Flüchtlingen umfassend zu klären. Ganze 70 Prozent der aus Syrien stammenden Flüchtlinge im Libanon und 25 Prozent in Jordanien haben keine gültigen Aufenthaltspapiere, sodass sie vor Verhaftungen oder Abschiebungen nicht geschützt sind. Den rechtlichen Status von Flüchtlingen zu vernachlässigen, der eine Vorbedingung für den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist, riskiert den Erfolg des gesamten neuen Ansatzes. Keinen gültigen Aufenthalt zu haben, bedeutet für viele Flüchtlinge eine erhebliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und somit ihrer Fähigkeit, eine Beschäftigung zu finden oder grundlegende Leistungen in Anspruch zu nehmen. Die daraus resultierende Angst vor den Behörden kann dazu führen, dass Flüchtlinge sich für Arbeitsgenehmigungen gar nicht erst bewerben oder dass sie bei der Arbeit ausgebeutet werden. Aufgrund dieser und anderer Barrieren werden – allen Zusagen in

London zum Trotz – beinahe eine Million syrischer Flüchtlingskinder wohl nicht die Schulen besuchen, wenn diese in Syriens Nachbarstaaten in diesem September wieder öffnen.

Noch besorgniserregender ist der Versuch der Nachbarstaaten Syriens, vieler Drittstaaten in Europa, Nordamerikas und anderer, die Anzahl ankommender Flüchtlinge mittels Grenzschießungen und anderer restriktiver Maßnahmen zu begrenzen. Fortschritte etwa bei der Nothilfe und der Finanzierung – so wichtig und willkommen sie auch sind – entbinden Regierungen nicht von ihrer kollektiven und individuellen Verantwortung, verzweifelte Männern, Frauen und Kindern die Möglichkeit zu geben, vor der schrecklichen Gewalt in Syrien und andernorts zu fliehen. Diese Verantwortung zu teilen, heißt auch, dauerhafte wie vorübergehende Lösungen anzubieten, etwa Umverteilungen und andere humanitäre Zugänge zu organisieren. Diese Verantwortlichkeit lassen die meisten Länder außerhalb der Region, mit wenigen Ausnahmen wie Kanada und Deutschland, vermissen.

52 Organisationen und Vereinigungen von Hilfsorganisationen rufen internationale Geber und Regierungen deshalb dazu auf, sich bei der bevorstehenden 71. UN-Generalversammlung für folgende Punkte einzusetzen:

- **Verstärkung der internationalen Bemühungen, eine politische Lösung des Syrienkonflikts zu erreichen**, um Flüchtlingen eine freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.
- Zeitnahe und transparente **Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel sowie Setzung wirtschaftlicher Impulse**, um den syrischen Nachbarstaaten die erfolgreiche Umsetzung substantieller politischer Maßnahmen zu ermöglichen. Dazu soll auch ein stärkerer Monitoring-Mechanismus eingerichtet werden, um über mehrere Jahre laufende Finanzierungszusagen und tatsächliche Zahlungen nachverfolgen zu können.
- **Umsetzung der in London gemachten Zusagen** in Form von konkreten Plänen mit Zeitfenstern und Zielsetzungen.
- **Stärkung des Schutzes von Flüchtlingen durch klare, zugängliche und umsetzbare Verfahren.** Rechtsschutz ist eine Voraussetzung, um für den eigenen Lebensunterhalt sorgen und Zugang zu Bildung und grundlegenden Leistungen erhalten zu können.
- **Abbau von Hemmnissen, die erwachsene Flüchtlinge von legalen Arbeitsmöglichkeiten abhalten**; Unterstützung des Aufbaus syrischer Firmen.
- **Zugang zu Bildung für alle Kinder**, indem neue Schulplätze geschaffen werden und eine verlorene Generation verhindert wird; Fokus auf die Qualität des Unterrichts; Möglichkeiten zur außerschulischen Bildung mit Unterstützung der Zivilgesellschaft, um in der Zukunft in den formellen Bildungsweg einsteigen zu können.
- **Einhaltung der Rechte von Asylbewerbern.** Alle Länder müssen Asylsuchenden, die vor Gewalt fliehen und internationalen Schutz suchen, Zugang gewähren und sicherstellen, dass bei drohender Abschiebung der Rechtsweg offensteht. Drittländer müssen Umsiedlungszahlen bis zum Jahresende 2016 auf die Höhe von wenigstens 10 Prozent der syrischen Flüchtlinge aufstocken und zusätzlich weitere sichere Fluchtwege schaffen, etwa durch Familienzusammenführung, Stipendien oder Arbeitsvisa.